

31/I. 1918

Abgeordnetenhaus.

(56. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Schluß der Debatte über die Kriegsteuer.

Abg. Konstantin Lewicki (Ukrainer) tritt in Fortsetzung seiner Rede dafür ein, daß zur Leitung der kriegswirtschaftlichen Betriebe im Hinterland und im Kriegsgebiet Fachleute berufen und kriegswirtschaftliche Organisationen ohne militärischen Charakter eingeführt werden. Die Versprechungen hinsichtlich der demokratischen Reform des Gemeindevahlrechtes sind Zukunfts-musik. In Ostgalizien ist die Gemeindeautonomie tatsächlich durch die militärischen Behörden sistiert. Ortsfremde junge Menschen leiten die Gemeindeverwaltungen, während die älteren, erfahrenen Gemeindevorsteher sich größtenteils an der Front befinden. Man spüre in Ostgalizien schon ein polnisches Referendum, das durch die Gendarmen vorbereitet werde, indem sie die Leute fragen: Wer will zu Polen und wer will zu Rußland? Die Leiden der ukrainischen Bevölkerung sind nicht nur durch die Kriegsnotwendigkeiten, sondern auch durch die Gebrechen der Verwaltung schwer geworden. (Lebhafter Beifall bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Kerner (Sozialdemokrat) führt aus, bei Annahme der Kriegsteuer in der vorliegenden Form erringt das Herrenhaus einen Sieg, der aber nur ein Pyrrhussieg sei, da das Abgeordnetenhaus es nicht länger erträgt, daß die Regelung der öffentlichen Abgaben von der Interessenvertretung des Großkapitals und Großgrundbesitzes erfolge. Das Volkshaus werde hierüber allein zu bestimmen haben, schon mit Rücksicht auf die künftige Finanzlage. Kerner erörtert die vom Finanzminister eingebrachten neuen Steuern. Reflektierend auf den heutigen Artikel der „Neuen Freien Presse“ meint Kerner, es scheine, daß die Finanzverwaltung von allgemeinen staatlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vollständig abgelenkt und nur darauf eingestellt sei, ehrlich gegen die Gläubiger zu sein. Der Finanzminister hat sich aber in erster Linie zu fragen, wie die Wirtschaft des ganzen Volkskörpers am besten möglich ist, selbst um den Preis, daß einige Privatinteressen dadurch gekränkt wären. In Rußland gehe die Demokratie daran, auf Basis der Schuldenfreiheit und eines unendlich vermehrten, kräftigen Bauerntums eine Volkswirtschaft mit den geringsten Unkosten der Produktion und mit den denkbar geringsten Lebenskosten der Arbeiter aufzurichten. Wir können daher die Steuerpolitik nicht machen, die uns das Großkapital empfiehlt: in erster Linie sei allen volkswirtschaftlichen Interessen das eine Interesse voranzustellen, die Schulden zu bezahlen.

Abg. Kuranda: Also den Staatsbankrott!

Abg. Dr. Kerner: Wenn man es Staatsbankrott nennen will, so müßte das, was an dessen Stelle droht, Volksbankrott genannt werden. Wenn ich die Wahl habe zwischen dem einen und dem anderen, so kommt es mir in erster Linie darauf an, daß das Volk und die Volkswirtschaft erhalten bleiben und gedeihen.

Abg. Kuranda: Staatsbankrott ist Volksbankrott! Das wissen Sie ganz genau!

Abg. Dr. Kerner erklärt, er denke nicht an einen wilden Staatsbankrott, sondern an eine einfache gesetzliche Maßnahme, die rechtzeitig ergriffen werden müsse, wenn sie sich nicht auf anderem Wege durchsetzen soll. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen spricht sich Kerner gegen die eingebrachte Kohlensteuervorlage aus, welche die Konkurrenzfähigkeit der Industrie schädigt und nur das Interesse der 213 Bergwerkseigentümer wahrte. Bei der Grundsteuervorlage verweist er auf die nötigen Differenzierungen zwischen kleinen und großen Grundbesitzern.

Das Problem der Staatswirtschaft ist nicht mehr bei den Steuern, weder bei den direkten noch bei den indirekten, zu fassen, sondern bei der Staatsproduktion, dadurch, daß das, was an organisierter Produktion auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiete oder auf dem Gebiete des Handels schon vorhanden ist, an den Staat gezogen wird. Die paar tausend Leute, um die es sich handelt, müssen ihr Interesse gegenüber den Interessen des Volkes zurückstellen. Die bürgerliche Gesellschaft ist durch den Krieg dermaßen erschöpft, in ihren Grundlagen erschüttert und in ihren Tiefen aufgewühlt worden, daß sie heute nur noch zwei Auswege kennt. Der erste Ausweg ist der des Sozialismus. Wird der verschmäht, so bleibt nur der andere: die Anarchie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Kriegsteuer.

Ueber die Abstimmung und Annahme der Kriegsteuervorlage in der Fassung des Herrenhauses wurde bereits im Abendblatte berichtet.